



Liebe Leserinnen und Leser



Es steht ein Abstimmungstermin vor der Tür. Wir haben am 26. September die Gelegenheit von unserem Stimmrecht Gebrauch zu machen und über zwei nationale sowie eine kantonale Vorlage zu bestimmen. Überschattet wird dieser Abstimmungstermin nach wie vor von der Corona-Pandemie. Es gibt aber auch erfreuliche Nachrichten. Der kantonale Finanzhaushalt konnte in den letzten Jahren stabilisiert werden und für die kommenden Jahre sind höhere Ausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank (SNB) zu erwarten. Zudem verzeichnen die Steuereinnahmen der Unternehmen trotz Corona-Krise eine kleinere Einbusse als erwartet. Aus diesem Grund sieht der Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2022–2025 des Kantons Luzern eine Reduktion der Steuerbelastung für die Bevölkerung und Firmen vor.

Auch in den Gemeinden ist die Entwicklung gemäss LUSTAT Statistik Luzern erfreulich: 74 Luzerner Gemeinden schlossen ihre Rechnungen positiv ab. Im Rechnungsjahr 2020 erzielten die Luzerner Gemeinden insgesamt einen Gewinn von 135 Millionen Franken. Diese Zahl ist aber mit Vorsicht zu geniessen, denn nur knapp die Hälfte der Kommunen halten alle Vorgaben der Finanzkennzahlen vollständig ein. Gerade beim Selbstfinanzierungsgrad ist Achtsamkeit ratsam, damit man nicht in die Schuldenfalle tappt.

Die Entwicklung zeigt in die richtige Richtung. Der Kanton muss mit einer gesunden Finanzpolitik ausgestattet sein, die nachhaltig ist und konjunkturellen Schwankungen standhalten kann. Aber die Unterstützungsmassnahmen für die Bewältigung der Pandemie sind noch nicht abgeschlossen. Je nach Verlauf der Pandemie können Mehrkosten auch in den nächsten Jahren anfallen. Zudem kann man sich nicht auf die Einnahmen der SNB verlassen. Dies sollte man beim geplanten Leistungsausbau vor Augen halten. Die SVP Kanton Luzern wird sich auch in Zukunft auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass die Steuerbelastung reduziert wird, der Staat nicht mehr ausgibt als einnimmt und die Schulden abgebaut werden. Unseren Nachkommen sind wir einen gesunden Finanzhaushalt schuldig.

Angela Lüthold-Sidler
Präsidentin SVP Kanton Luzern

Wichtiges im Sept./Okt. >>

13 | Kantonsratssession /
Session National- und Ständerat
(bis 1.10.2021)

14 | Kantonsratssession

20 | Kantonsratssession

25 | Kadertag SVP Kanton Luzern

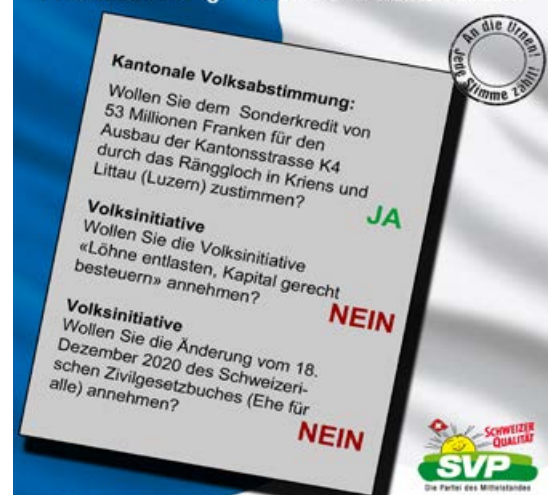
26 | Eidgenössische und kantonale
Abstimmung

28 | SVP Frauenanlass «World Coffee»

07 | Sessionsrückblick mit Franz Grüter

26. September 2021

Volksabstimmung: Parolen SVP Kanton Luzern





Nein zu noch mehr Steuern

Weitere Informationen finden Sie unter:

<https://zukunft-sichern.ch/>

<https://nein-zu-99prozent.ch/>

Am 26. September 2021 stimmen die Schweizer Stimmberechtigten über die Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» ab. Die Vorlage schwächt den Standort Schweiz und die Anreize zum Sparen. Dies hat schädliche Auswirkungen auf Arbeitsplätze und Wohlstand. Deshalb haben die Delegierten der SVP Kanton Luzern deutlich die Nein-Parole gefasst.

Heute tragen Einkommenssteuern dazu bei, Ungleichheiten abzuschwächen: Einkommensstarke Personen zahlen prozentual mehr als einkommensschwache Personen. Der grösste Teil der Umverteilung erfolgt über Sozialleistungen wie Renten oder Sozialhilfe. Die Initiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» möchte eine noch stärkere Umverteilung des Reichtums und das Steuersystem umkrempeln. Sie fordert eine stärkere Besteuerung hoher Kapitaleinkommen. Bei der Steuerberechnung sollen ab einem bestimmten Betrag Kapitaleinkommen anderthalbfach gezählt werden. Die Einnahmen, die durch die höhere Besteuerung erzielt werden, sollen für die Sen-

kung der Einkommenssteuern für Personen mit mittleren oder tiefen Arbeitseinkommen oder für höhere Sozialleistungen eingesetzt werden.

Bereits stark belastet

Das stark progressive Schweizer Steuersystem belastet bereits heute hohe Kapitaleinkommen überdurchschnittlich (Gewinn-, Vermögens- und Dividendensteuer). Gleichzeitig werden neben der progressiven Belastung von Einkommen zahlreiche Privathaushalte im Gegenzug entlastet. Durch das progressive Steuersystem werden Einkommensanteile der höchsten 1% um 28% reduziert, was im internationalen Vergleich

ein sehr hoher Anteil ist. In der Schweiz werden Kapitaleinkommen bereits heute im Vergleich der Industrieländer überdurchschnittlich stark belastet – durch die Gewinn- und Dividendenbesteuerung oder durch die Vermögensbesteuerung.

Schweizer Mittelstand bezahlt die Rechnung

Bundesrat und Parlament haben die Initiative bereits abgelehnt. Auch die Delegierten der SVP Kanton Luzern haben sich mehr als klar gegen diese Vorlage ausgesprochen. Aus ihrer Sicht sind die Einkommen im internationalen Vergleich bereits heute gleichmässig verteilt und die Steuerbelastung auf dem Kapital ist bereits hoch. Eine noch höhere Besteuerung würde den Standort Schweiz schwächen sowie Arbeitsplätze und Wohlstand gefährden. KMU und die Familienunternehmen sind das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft, denn sie bilden einen Grossteil aller Unternehmen in der Schweiz. Ihnen drohen mit dieser Initiative massive Mehrbelastungen. Wenn Unternehmerinnen und Unternehmer bei einer Annahme der Initiative ihr Einkommen nach Steuern gleichhalten wollen, dann müssen sie wegen den zusätzlichen Steuerbelastungen mehr Mittel aus dem Unternehmen abziehen. Dieser Mittelabfluss schwächt das Unternehmen, da weniger Mittel zur Verfügung stehen. Es sind aber nicht nur die Unternehmen betroffen, sondern jeder Bürger und jede Bürgerin, die auf ihr Geld achten: Wer etwas Geld angelegt hat, eine Wohnung oder ein Haus sein Eigen nennt, einen Landwirtschaftsbetrieb besitzt, ein Unternehmen führt oder mit einem Start-up für Innovation und Arbeitsplätze sorgt, ist mitten im Steuersog der trügerischen Initiative. Die JUSO suggeriert, dass die Reichen betroffen sind.

Das ist falsch: Der Schweizer Mittelstand bezahlt die Rechnung.

Nachgefragt bei



Pierre-André Page
Nationalrat,
Kanton Freiburg

Wie stimmen Sie bei der Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» ab?

Die Steuern sollen erhöht werden. Es ist also ein typisch linkes Anliegen, einfach immer wieder anders verpackt. Die Jungsozialisten wollen die Umverteilung in unserem Land verstärken und den Mittelstand weiter schröpfen. Und dies, obwohl die Umverteilung in der Schweiz schon sehr hoch ist. Sie wollen jetzt eine 150%-Besteuerung einführen, und – das ist das Gefährliche! – auf noch nicht genau definierte Kapitaleinkommen.

Die Initiative ist voll solcher Unklarheiten. Darüber hinaus geht es auch um eine gefährliche Steuerzentralisierung, die unseren Föderalismus gefährdet. Unsere Wirtschaft und der Schweiz Wohlstand würden damit an die Wand gefahren. Dieser geplante steuerliche Raubzug auf das Kapital der Unternehmen führt dazu, dass weniger finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Diese Mittel brauchen aber die Firmen zum Überleben und Wirtschaften, um zu investieren, Lehrlinge zu fördern oder um Stellen zu schaffen. Mit der Initiative würde das Unternehmertum einmal mehr durch linke Ideologien geschwächt. Deshalb sage ich klar NEIN!



Volksabstimmung Ausbau Ränggloch

Am 26. September 2021 stimmt das Luzerner Stimmvolk über den Sonderkredit in der Höhe von 53 Millionen Franken für den Ausbau der Kantonsstrasse K4 durch das Ränggloch ab. Die Delegierten der SVP Kanton Luzern haben die Ja-Parole gefasst.

Die Kantonsstrasse K4 verbindet Kriens mit Malters und Littau/Luzern und führt um das westliche Ende des Sonnenbergs durch das Ränggloch. Sie stellt die Anbindung an das Nationalstrassennetz sicher und dient als westliche Umfahrungsmöglichkeit zur Entlastung der Zentren. Die Strasse genügt den Nutzungsanforderungen nicht mehr und befindet sich zudem in einem schlechten Zustand. Sie ist schmal, hat keinen Veloweg und ist von Erdrutschen und Steinschlägen bedroht. Ausserdem ist der Knoten «Horüti» wegen seiner ungewöhnlichen Form gefährlich, was immer wieder zu Unfällen

führt. Mit dem Kantonsstrassenprojekt soll der betroffene Strassenabschnitt gemäss den heutigen Normen und Anforderungen saniert, verbreitert und mit einem Rad- und Gehweg ergänzt werden. Zudem wird der Schutz vor Naturgefahren mit einem neuen Brückenbauwerk und weiteren Kunstbauten gewährleistet.

SVP Luzern Delegierte sagen Ja

Die Realisierung der rund 160 Meter langen Brücke und deren Stützmauern ist nur während einer rund 18-monatigen Totsperrung der Kantonsstrasse für den Verkehr

möglich. Nur so können die Sicherheit der Strassenbenützerinnen und -benützer und die Baustellensicherheit gewährleistet werden. Die Totsperrung wird insbesondere in der Stadt Luzern grössere Verkehrsverlagerungen auslösen, die durch flankierende Massnahmen eingedämmt werden sollen.

Der Baubeginn ist frühestens 2022 und die Vollsperrung für die Jahre 2023/2024 geplant. Für das Projekt ist ein Sonderkredit in der Höhe von 53 Millionen Franken vorgesehen. Der Regierungsrat sowie der Kantonsrat haben sich für das Projekt ausgesprochen. Auch hat die SVP Kantonsratsfraktion für die Vorlage votiert und die Delegierten der SVP Kanton Luzern haben die Ja-Parole gefasst. Infrastrukturprojekte sind für den Anschluss aller Gebiete im Kanton sehr wichtig.

Bild des Monats



General- und Delegiertenversammlung

Am Samstag, 4. September 2021, trafen sich zahlreiche Mitglieder der SVP Kanton Luzern für die General- sowie die Delegiertenversammlung im Gemeindezentrum Schenkon. Die Präsidentin Angela Lüthold-Sidler führte souverän durch die Generalversammlung, wobei sämtliche Geschäfte angenommen wurden. Auch fassten die Delegierten der Kantonalpartei die Parolen für die Abstimmung vom 26. September 2021.

Dieter Haller (rechts im Bild) wurde von der Generalversammlung als neuer Vize-Präsident gewählt. Er folgt auf Oliver Imfeld (links im Bild), der aus beruflichen Gründen politisch kürzer treten wird. Zum neuen Strategiechef wurde Marco Frauenknecht gewählt. Er übernimmt das Amt von Vroni Thalmann, welche diese Position seit 2018 innehatte.



Foto: freestocks.org from Pexels

Nein zu «Ehe für alle»

Am 26. September 2021 stimmen die Schweizer Stimmberechtigten über die Ehe für alle ab. Die Delegierten der SVP Kanton Luzern lehnen die Vorlage deutlich ab.

In der Schweiz ist heute eine Ehe nur zwischen Mann und Frau möglich. Gleichgeschlechtliche Paare haben die Möglichkeit, eine eingetragene Partnerschaft einzugehen. In den vergangenen Jahren haben Personen in einer eingetragenen Partnerschaft mehr Rechte erhalten. Es bestehen aber Unterschiede zur Ehe. Für gleichgeschlechtliche Paare ist bis heute die vereinfachte Einbürgerung oder die gemeinsame Adoption eines Kindes nicht möglich und sie haben auch keinen Zugang zur Fortpflanzungsmedizin.

Um diese Unterschiede zu beheben haben der Bundesrat und das Parlament beschlossen, auf der Grundlage einer parlamentarischen Initiative der Grünliberalen Fraktion, dass neu auch gleichgeschlechtliche Paare zivil heiraten können. Eingetragene Partnerschaften können in eine Ehe umgewandelt werden, jedoch nicht mehr neu eingegangen werden. Gegen diesen Beschluss wurde das Referendum ergriffen. Die Referendumskomitees wollen die Ehe als eine Verbindung zwischen Mann und Frau schützen, weil nur daraus Kinder auf natürliche Weise entstehen könnten. Die Samenspende für lesbische Paare führt gemäss der Komitees zu Vaterlosigkeit und Identitätsproblemen für die betroffenen Kinder.

Kein Kontakt

«Die Ehe für alle würde Kindern jeglichen Kontakt zu ihren Vätern entziehen, allein aufgrund der Entscheidung ihrer Mütter. Hat das Recht, ein Kind zu bekommen, Vorrang vor dem Recht, einen Vater zu haben?», fragt etwa die Thurgauer Nationalrätin Verena Herzog.

Bundesrat und Parlament sind der Ansicht, dass mit der rechtlichen Gleichstellung aller Paare dem weit verbreiteten Bedürfnis entsprochen wird, das Privat- und Familienleben selbst gestalten zu können. Zudem ist für sie die Zuwendung, die die Eltern ihren Kindern zukommen lassen, keine Frage des Geschlechts und der Familienform. Anderer Meinung sind die Delegierten der SVP Kanton Luzern. Sie sprachen sich deutlich gegen die «Ehe für alle» aus. Mit ihrer Parole streichen sie das Kindeswohl heraus. Bei der Vorlage geht es nicht nur um die rechtliche Beziehung zwischen gleichgeschlechtlichen Paaren. Sie enthält auch die Ausweitung der Samenspende auf lesbische Paare sowie die gemeinschaftliche Adoption durch gleichgeschlechtliche Paare. Dadurch sind insbesondere die Kinder und deren Rechte betroffen. Deshalb ist es wichtig, die Vorlage ebenso aus der Perspektive der Kinder zu beleuchten. Das Kindeswohl hat Vorrang vor Erwachsenenwünschen.

“

Nein zu 99%-Initiative.

”

Liebe SVP-Familie

Als Unternehmerin kenne ich die Herausforderungen von KMU aus eigener Erfahrung. Bereits sehen sich kleinere und mittlere Unternehmen mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert. Die Reglementierungen steigen. Nicht zuletzt hat die Corona-Pandemie die Situation für viele Firmen verschärft. Mit der 99%-Initiative kommen nun weitere Mehrbelastungen auf diese Unternehmen zu.

Es ist einfach zu erkennen, dass eine weitere Schwächung der Firmen inmitten einer schweren Wirtschaftskrise keine besonders gute Idee ist. Mit dieser Initiative würden, die bereits durch die Covid-19-Pandemie leidenden Betriebe, einen weiteren Rückschlag hinnehmen müssen. Die 99%-Initiative würde die dringende notwendige wirtschaftliche Erholung weiter verzögern. Geht es so weiter wird es nicht mehr viel geben, dass man umverteilen kann.
Angela Lüthold-Sidler

IMPRESSUM

Das «SVP news» erscheint monatlich und kann als PDF-Datei unter www.svp-lu.ch gelesen und heruntergeladen werden. Zudem soll auch den Ortsparteien eine Plattform für ihre politische Arbeit geboten werden. Bei Interesse kontaktieren Sie das Sekretariat der SVP Kanton Luzern: sekretariat@svplu.ch

Redaktion & Grafik: b2000 AG, 6020 Emmenbrücke
Redaktionsverantwortung: Parteileitung SVP Kanton Luzern, sekretariat@svplu.ch